

Viel Lärm um fast nichts

Böttcher, Wolfgang

First published in:

Bildung für die Zukunft - Zukunft der Bildung, Kongress-Dokumentation, S. 41-47, Essen 1992

Münstersches Informations- und Archivsystem multimedialer Inhalte (MIAMI)

URN: urn:nbn:de:hbz:6-07489453622

Viel Lärm um fast nichts

Auf Initiative des Referates Bildungspolitik beim Hauptvorstand der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft kam zu Beginn des November 1991 ein Bündnis für mehr Ganztagsangebote zustande.

Im Rahmen der Erarbeitung wurden zwar mittelfristige und relativ differenzierte Planungsbedingungen für den Ausbau von Ganztagsangeboten formuliert, aber die gemeinsame Resolution endet mit diesen Worten: "Kinder und Jugendliche, Mütter und Väter brauchen schon heute konkrete Hilfen! Deshalb fordern wir, die diese Resolution unterzeichnet haben, alle politisch Verantwortlichen auf kommunaler, Landes- und Bundesebene auf, tragen Sie den geänderten Lebensverhältnissen im Erziehungs- und Bildungswesen Rechnung, schaffen Sie mehr Ganztagsangebote für Kinder und Jugendliche!"

Ein dringender Appell, unterzeichnet von Vertretern unterschiedlicher Gruppen. Tatsächlich bündeln sich in der Forderung verschiedene (meist sich ergänzende) Interessen:

Man wird den Verbänden der Alleinerziehenden unterstellen dürfen, daß ein Ausbau ganztägiger Angebote ihnen als zentrale Bedingung dafür erscheint, die oft unerträgliche Lebenssituation von ca. 1 Mio (alte Länder) alleinerziehenden Müttern und Vätern zu verbessern. Man wird dem Schulpsychologen unterstellen dürfen, daß er in Ganztagschulen eine Chance sieht, den Kindern bei ihren seelischen Problemen besser beistehen zu können, dem Erziehungswissenschaftler, daß er mit Ganztag vor allem auch die Möglichkeit der Entwicklung neuer Schulkonzepte (Gestaltung der Schule, Öffnung der Schule) verbindet. So wie man beim Kinderschutzbund doch wohl annehmen darf, daß bei der Forderung nach mehr Ganztagsangeboten das "Wohl des Kindes" ganz oben steht, so wird man vermuten können, geht es dem DGB vielleicht ein wenig mehr um die Verwirklichung der bislang noch hohlen Formel von der "Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit". Und daß auch die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände die Resolution unterschrieben hat, wird den Kenner/die Kennerin der Sachlage nicht verwundern. Den Unternehmen muß es bitter aufstoßen, wenn hochqualifizierte und gut eingearbeitete Kräfte die Arbeit unterbrechen oder gar aufgeben müssen, weil ihre Kinder nicht angemessen betreut werden können.

Und das Problem wird angesichts des demographisch bedingten Mangels an jungen und qualifizierten Arbeitnehmern immer größer (wen wundert es da, daß die Unternehmen eigeninitiativ werden und z.B. Betriebskindertagesstätten gründen). Auch der Hinweis auf den "Gesamtkapitalisten" sei hier erlaubt: Aus der Perspektive einer gesamtgesellschaftlichen Kostenrechnung nämlich ist es doch geradezu verrückt, die mit hohen Investitionen erworbenen Qualifikationen junger Menschen (meist Frauen) nicht zu nutzen. Dies dann auch noch mit dem Hinweis auf die zu hohen Kosten für Ganztagsangebote. Lieber läßt man zu, daß diese Qualifikationen systematisch veralten, um - bestenfalls - sie später mit teuren Weiterbildungsprogrammen wieder auf den neuesten Stand zu bringen. Diese und andere Gruppen haben die Resolution unterschrieben.

Wir wollen aber auch noch erwähnen, wer nicht unterschrieben hat - und damit auch direkt neuralgische Bereiche ansprechen. Nicht unterschrieben hat der Deutsche Städte- und Gemeindebund: "Wir teilen Ihre Auffassung, daß ein verstärkter Ausbau von Ganztagsangeboten unabdingbar ist, soweit die Eltern dies wünschen. Allerdings muß eine realistische Finanzierungsperspektive bestehen. Es kann nicht angehen, den Gemeinden diese Aufgabe zuzuweisen, ohne sie gleichzeitig finanziell in den Stand zu versetzen, diese Aufgabe zu erfüllen." Für diese Position kann man ein gewisses Verständnis aufbringen.

Nicht unterschrieben hat auch der Bundeselternrat, obwohl es an einer Stelle in einer Resolution genau dieser Organisation heißt: "Darüber hinaus fordert der Bundeselternrat die bedarfsgerechte Einrichtung von ganztägigen Betreuungseinrichtungen." (Wie oft soll man denn als Gewerkschafter noch herunterbeten, daß niemand - erst recht nicht die Gewerkschaften - den Zwangsbesuch der Ganztagschule will und daß keiner eine Ganztagschule mit 40 Stunden Unterricht im Sinn hat.)

Bedauerlich - aus meiner Sicht - ist, daß die AGJ, daß die Jugendverbände nicht unterschrieben haben. Daß in ihren Reihen innerhalb der veranschlagten Zeit kein Konsens zustande kam, hat sicher mit der Organisationsform der Vereinigung zu tun. Hoffentlich ist es nicht Ausdruck einer tiefen Skepsis der Sozialpädagogik gegenüber der Schule und ihren Vertretern. Eine solche Spannung jedenfalls, die ich leider allzu oft heraushöre, macht es den Politikern - jüngstes Beispiel dafür ist Baden-Württemberg - leicht, die Ganztagschule gegen den Hort auszuspielen. Was so herum funktioniert, das geht auch andersherum: wenn die Schulpädagogen den Sozialpädagogen die Kompetenz absprechen, einen Nachmittag zu

gestalten, dann läßt sich im Effekt der Ausbau ganztägiger Angebote politisch bequem verhindern (dazu komme ich noch).

Mittlerweile ist so viel über die Begründung eines vermehrten Ausbaus von Ganztagsangeboten geredet worden, daß ich mich scheue, hier alles an sozialpolitischen, frauenpolitischen, pädagogischen, bildungssoziologischen, arbeitsmarktpolitischen und und und ... Begründungen vorzutragen. Aber ich will mich nicht ganz herausmogeln, schließlich gehört die Begründung zur Forderung wie der Deckel zum Topf. Aber ich will impressionistisch und eklektisch bleiben:

- Industrialisierung und Demokratisierung machen den Ausbau notwendig. Während mit der Technisierung eine Abnahme der Durchschaubarkeit und Verständlichkeit verbunden ist, verlangt die Demokratisierung eine wachsende Informierung und sachliche Urteilsbildung. Hierfür und auch für die Notwendigkeit intensiver Breitenbildung braucht es Zeit, genauer: braucht Schule Zeit.

- Das Schulwesen der Bundesrepublik hat die Egalisierung der Bildungschancen nicht erreicht.

- Die Zahl der Kinder ist erheblich zurückgegangen. Für die öffentliche Erziehung folgt daraus die Konsequenz, daß sie sich der Pflege öffentlicher Tugenden annehmen und sogar für den Umgang von Kindern und Jugendlichen mit Gleichaltrigen sorgen muß.

- Die Berufstätigkeit der Frauen nimmt in den meisten westlichen Ländern stetig zu. Ein besonders großer Anstieg ist gerade bei ledigen Müttern festzustellen.

- Zu den pädagogischen Begründungen gehören die folgenden:
"Schulreformerische Erkenntnisse sind in einer Ganztagschule leichter zu verwirklichen, die Kinder erledigen ihre Hausaufgaben als Übungsaufgaben unter fachlicher Aufsicht, unterrichtsergänzende Kurse fördern allgemeine und spezielle Begabungen, Förderkurse helfen den Schwachen und sozial Benachteiligten, die Berufswahl kann gründlicher vorbereitet werden. Die Schüler erfahren eine kulturelle Bereicherung durch sinnvollen Umgang mit Massenmedien und kulturellen Institutionen, ein zwangloser individueller Bildungserwerb wird durch die Bereitstellung von Bildungsträgern aller Art ermöglicht.

Meine Damen und Herren, ich muß gestehen, ich habe hier fast wörtlich abgele-

sen. Die Quelle des Zitates ist ein "Gutachten zur Ganztagschule", herausgegeben von der GEW im Jahre 1968 (!). Zur gleichen Zeit unterstützte auch der Deutsche Bildungsrat die Idee des Aufbaus von Ganztagschulen. Im Bildungsgesamtplan der Bund-/Länderkommission, dem bislang einzigen gesamtstaatlich verantworteten Rahmenwerk zur Gestaltung des Bildungswesens, wurden sogar präzise Ausbauziele genannt: Bis zum Jahre 1985 wollte man eine Versorgungsquote von 30 % erreichen, die etwas "abgespeckte" Variante sah immerhin noch eine Versorgung von 15 % vor. Es folgten Modellversuche mit wissenschaftlicher Begleitung, die Ergebnisse kann man nachlesen, es gab ein Gutachten des Deutschen Bildungsrates zur Finanzierung. Und schließlich ist dann doch die ganze Angelegenheit im Sande versickert!!!!

Als gegen Ende der achtziger Jahre eine neue Ganztagschuldebatte begann, ging alles - gewissermaßen - von Null wieder los.

Wir müssen zum Beleg einen Blick auf die Statistik werfen. Im Schuljahr 1987/88 konnten wir (mit einigen Mühen) feststellen, daß (einschließlich Sonderschülern und Schülern an privaten Schulen) 3,7 % aller Schüler Ganztagschule besuchten (Böttcher/Klemm 1989); zudem schätzte das BMBW 100.000 Hortplätze. Trotz vielfältiger und teilweise recht hitziger Debatten um die Notwendigkeit des Ausbaus in der Folge enthüllte der Blick des Statistikers auf das Schuljahr 1988/1989: "Genau besehen - nichts geschehen" (Böttcher 1990). Nichts hat sich auch für das Schuljahr 1989/90 verändert. In der folgenden Tabelle, die Aufschluß gibt über die Ganztagsversorgung insgesamt und die Ganztagsversorgung im Bereich der Primarstufe, sind lediglich die Flächenländer (alt) aufgeführt sowie die Sonderschulen herausgerechnet. Auf diese Weise sehen Sie, meine Damen und Herren, wie schlecht es um die Ganztagschule tatsächlich bestellt ist.

Ganztagschüler in ausgewählten Bundesländern Schuljahre 1989/90

	Ganztagschüler insgesamt - in Prozent aller Schüler	Ganztagschüler der Primarstufe - in Prozent aller Primarstufenschüler
BA	2,1	-
BW	2,7	0,6
HE	2,4	1,1
NS	2,8	0,5
NW	6,4	0,2
RP	2,4	0,3
SA	0,9	0,4
SH	2,1	-
THÜ	33,9	65,0

(Ohne Sonderschulen, mit Privatschulen)

Wer sich in Sachen Ganztags engagiert (und zudem noch in Regionen der Republik lebt, in denen viele Initiativen wirken), der wird möglicherweise dazu tendieren, die tatsächlichen Entwicklungen zu überschätzen. Doch aus Sicht der Statistik muß man befürchten, es gab bislang "Viel Lärm um fast nichts". Und ich glaube, daß wir auch für die Schuljahre 1990/91 oder 91/92 keine wesentlich größeren Zahlen in die Ganztagsstatistik schreiben können.

Wer an die Horte erinnert und hier mehr Bewegung ausgemacht haben möchte, auch den muß ich enttäuschen, wenn ich den Zahlen des BMBW trauen darf. Zwar sind die Hortplätze nach den einschlägigen Schätzungen angestiegen, jedoch können sie noch nicht einmal alle den demographischen Zuwachs ausgleichen.

Unsere Tabelle enthält auch die Versorgungsquoten von Thüringen. Mit 33,9 % für Schülerinnen und Schüler der Polytechnischen Oberschulen (POS) und 65 % für die Schüler der ersten vier Jahrgangsstufen an der POS, kann man hier ganz andere Zahlen schreiben. Und in diesem Zusammenhang muß man erinnern an die Situation in der ehemaligen DDR (ich sage nichts zur Qualität von Einrichtungen, lediglich zur Quantität). Dort konnte man für 80 von 100 unter Dreijährigen einen Krippenplatz anbieten und für 95 von 100 Drei- bis Sechsjährigen einen

Kindergartenplatz, schließlich konnten 81 von 100 Schulkindern ganztägig an Horten betreut werden (daß die großzügigen Öffnungszeiten dieser Einrichtungen den berufstätigen Müttern auch tatsächlich eine ganztägige Erwerbstätigkeit ermöglichten, sei nur am Rande erwähnt). Dieser Ausbaustand war Ergebnis erheblicher bildungspolitischer Anstrengungen. Man darf nicht vergessen, daß im Jahre 1950 die DDR gerade eine Angebotsquote von 1,3 % Krippenplätzen und 20 % Kindergartenplätzen vorweisen konnte.

Nicht unbedingt für den Ausbau von Ganztagschulen aber doch allgemeiner: für den Ausbau ganztägiger Angebote, fanden sich nach dem Neubeginn der Debatte sehr schnell sehr viele Stimmen.

In der neueren Zeit hat sich meines Erachtens eine leichte Verschiebung in der thematischen Schwerpunktsetzung ergeben; heute wird sehr viel mehr als zu Beginn über die Pädagogik diskutiert und ich glaube, dort durchaus kontraproduktive Streitereien ausmachen zu können. Z.B. die falsche Frontenbildung zwischen Sozial- und Schulpädagogik. Und (damit zusammenhängend) die Konkurrenz zwischen Ganztagschulen und anderen ganztägigen Angeboten. Dazu ein Wort: Wir sprechen heutzutage ganz allgemein von ganztägigen Angeboten, das tut auch die zu Beginn meines Referates erwähnte Resolution. Das deshalb, um deutlich zu machen, daß es eine Vielfalt von Betreuungsvarianten gibt. Auch wenn die Pädagogik bei den einen oder anderen mehr oder weniger große Schwächen ausmachen kann, wenn auch klar ist, daß nicht jeder Versuch gleich Modellcharakter haben muß, so darf das doch unmöglich zu einem "Verbot" von Initiativen führen. Je komplexer die pädagogischen Anforderungen an ganztägige Betreuung formuliert sind, desto entmutigender. Hängen wir doch bitte die pädagogische Latte nicht zu hoch, so daß sich niemand mehr zu springen traut. Wir müssen zügig ausbauen; solche Vorgaben würden dies im Ansatz verhindern.

Allerdings darf Vielfalt nicht bedeuten, daß das von den meisten Pädagogen favorisierte integrierte Ganztagsmodell "herausgeboxt" wird. Vielfalt darf auch nicht mit Beliebigkeit verwechselt werden. Wir müssen natürlich an ganztägige Betreuung qualitative Forderungen stellen, niemand wird allen Ernstes auf eine pädagogische Dimension verzichten und "Verwahrnstanalten" das Wort reden. wir benötigen einen pädagogischen Forderungskatalog, aber vielleicht sollte das ein Minimal- und nicht gleich ein Maximalkatalog sein. Das ist doch festzustellen: Während wir ausgiebig über Pädagogik streiten, geschieht in Sachen Umsetzung ganz, ganz wenig. Das darf nicht so bleiben.

Ich trete - auch im Sinne der zu Beginn zitierten Resolution - für mehr Ganztagsangebote ein, die kindgerecht sind, die Schulstreß abbauen, die vielfältige Lern- und Lebensmöglichkeiten bieten, die mehr Eigentätigkeit der Kinder ermöglichen, die fördern statt auszulesen aber dieser Satz steht vorne - und auch die Resolution unterstreicht die dringende Handlungsnotwendigkeit: Ganztagsangebote jetzt durchsetzen. Und ich kann mich mit einer solchen Prioritätensetzung auf die schon zitierte Bund-Länder-Kommission berufen. In ihrem Bildungsgesamtplan aus dem Jahre 1973 hieß es sinngemäß: daß es angesichts der Dringlichkeit mit der ein Ausbau geboten erscheint, zu verantworten sei, daß zunächst einige Abstriche bei der Pädagogik von Ganztageseinrichtungen gemacht werden können. Ein forcierter Abbau sei nur dann erreichbar, "wenn auf Perfektionierung verzichtet wird und sinnvoll begrenzte Lösungen angestrebt werden." (BLK 1973, Seite 28).

Die hier anwesenden "echten" Pädagoginnen und Pädagogen werden das anders sehen. Oder?

Literatur

Böttcher, W., und Klemm

Was hat die Freizeit der Arztgattin mit der Halbtagschule zu tun?
in: Frankfurter Rundschau, 07.03.1989

Böttcher, W.

Ganztagschule: Genau besehen - Nichts geschehen
in: Zweiwochendienst Bildung, Wissenschaft, Kulturpolitik, Nr. 15, 1990

Bund-Länder-Kommission

Bildungsgesamtplan, Band I, Stuttgart 1973